Pazderski: Die meisten Muslime sind in Deutschland nicht integrierbar

Integration oder Unterwanderung?

Berlin, 02. Oktober 2017. Zur aktuellen Studie der Vereinten Nationen, nach der fast jede Frau in Ägypten schon einmal sexuell belästigt wurde, erklärt AfD-Vorstandsmitglied Georg Pazderski: "Das erschreckende Ergebnis der VN-Studie ist nicht nur ein Beleg für die Unterdrückung der Frau in muslimischen Ländern. Sie offenbart vor allen Dingen die Steinzeit-Mentalität muslimischer Männer gegenüber Frauen. Vor diesem Hintergrund wundert man sich kaum noch, wie es zu jener schrecklichen Silvesternacht in Köln kommen konnte, in der hunderte von Frauen sexuell belästigt oder vergewaltigt wurden.

Die Studie ist jedoch auch ein eindeutiger Hinweis auf die mangelnde Integrationsfähigkeit von muslimischen Migranten in unsere westliche Gesellschaft. Im Weltbild dieser Menschen sind Frauen nicht gleichberechtigt, die Scharia fordert, Frauen und andersgläubige Menschen zu unterdrücken. Leichte Bekleidung ist Sünde, Homosexualität ein Verbrechen. Das Ergebnis der Studie gibt ein starkes Indiz daraufhin, dass diese Menschen in Deutschland nicht integrierbar sind.

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass sie auch nicht integriert werden wollen. Sie bleiben meist unter sich, schotten sich ab. Jüngstes Beispiel hierfür ist der tragische sogenannte "Ehrenmord" in Wien, der in einer vollkommen abgeschotteten Familie aus Afghanistan stattfand, die schon lange in Österreich gelebt hat.

Gerade Grüne und Sozialdemokraten, die sich so stark für die Frauenrechte einsetzen, wollen dieses Gedankengut in Form von Millionen muslimischer Männer in unsere Gesellschaft eindringen lassen. Das ist absurd und gefährlich. Wer die Rechte der Frauen mit Füßen tritt und Frauen als Objekte behandelt, hat bei uns nichts verloren. Toleranz und Gutmenschentum sind an dieser Stelle das absolut Verkehrte."

www.afdtelevision.de

Kundgebung der AfD Mittelsachen am 23.06.2017 in Frankenberg mit Oberst i.G. a.D. Georg Pazderski
www.youtube.com/watch?v=GcRhi-5gnD8

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

https://afd.de/presse/
christian.lueth@alternativefuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

https://afd.de
bgs@alternativefuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild